

Quelle Stuttgart Zeitung - Stadtausgabe vom 07.12.2010
Seite 4
Jahrgang 2010
Nummer 283
Ressort Innenpolitik
Seitentitel Innenpolitik

STUTTGARTER
ZEITUNG

Berlin will Pflege bis 2012 reformiert haben

Koalitionspläne Nach dem heftigen Streit über die Gesundheit gelobt die CSU diesmal konstruktive Mitarbeit. Von Bernhard Walker

Die schwarz-gelbe Reform der Pflegeversicherung soll nach dem Willen der CSU 2012 in Kraft treten. „Das können und müssen wir schaffen“, sagte der Vize-Chef der CDU/CSU-Fraktion, Johannes Singhammer, im Gespräch mit dieser Zeitung. Nach Singhammers Worten geht es zunächst darum, Strukturen im Pflegebereich zu ändern. Dazu zähle, den Pflegberuf für junge Menschen attraktiver zu machen und so dem Pflegenotstand zu begegnen. Dieses Thema steht auch im Mittelpunkt eines Gesprächs, zu dem sich Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) heute mit Fachleuten und Vertretern von Pflegeverbänden trifft. Singhammer wies darauf hin, dass der bürokratische Aufwand in der Pflege vermindert werden müsse. Mit „überbordenden Dokumentationspflichten“ sei niemandem gedient.

Schon mehrfach hat der Minister angekündigt, dass Berlin im Zuge der Reform auch die Bedürfnisse von Demenzkranken stärker berücksichtigen will. Die Pflegeversicherung solle nicht länger vor allem darauf abstellen, ob jemand Hilfen bei bestimmten Verrichtungen wie der Körperpflege oder der Ernährung brauche. Vielmehr will Rösler den Begriff der Pflegebedürftigkeit danach ausrichten, wie selbständig jemand sein Leben noch führen kann.

Der CSU-Experte Singhammer ist

zuversichtlich, dass sich Schwarz-Gelb bei der Pflegereform nicht wieder so zerstreitet, wie es bei den Beratungen über die Reform der Krankenversicherung der Fall war. „Wir haben jetzt ein gutes Maß an Geschlossenheit erreicht. Das erwarten die Bürger auch von uns“, sagte er. Wenn die Neubestimmung der Pflegebedürftigkeit fest stehe und klar sei, was gegen den Mangel an Pflegekräften unternommen werde, gehe es auch um die künftige Finanzierung von Pflege. Im Koalitionsvertrag haben Union und FDP festgelegt, dass es neben dem Pflegebeitrag von heute 1,95 Prozent (Kinderlose zahlen 2,2 Prozent) des Brutto Lohnes eine so genannte Kapitaldeckung geben soll - und zwar so, dass die Versicherten „generationengerecht, individuell und verpflichtend“ Geld ansparen, um später anfallende Pflegekosten aus dem so angesammelten Kapital bezahlen zu können. Wie der Aufbau der Kapitalrücklage erfolgen soll, ist Thema eines Expertentreffens, zu dem das Gesundheitsministerium für den 16. Dezember eingeladen hat. Singhammer räumt ein, dass mit Blick auf die Kapitalreserve noch viele schwierige Fragen zu klären seien. Die CSU stelle die Kapitaldeckung aber nicht als solche in Frage: „Wir stehen zum Koalitionsvertrag“, bekräftigt der CSU-Experte Singhammer.

Von Seiten der Opposition wie der Sozialverbände wird bereits Kritik

an den Finanzierungsplänen von Schwarz-Gelb laut. Die Linksfraktion meint, dass damit die solidarisch finanzierte Pflegeversicherung zerstört werde. Die Linkspartei schlägt statt dessen vor, die Arbeitgeber und alle Bürger sollten die Pflege finanzieren, wobei auch auf Gewinne und Kapitalerträge Beiträge erhoben werden sollten. Auch die Grünen treten dafür ein, dass alle Bürger gemäß ihrer Leistungsfähigkeit in die Pflegekassen einzahlen. Eine Kapitaldeckung lehnen sie gleichwohl nicht grundsätzlich ab. Allerdings wollen sie dies nicht durch individuelles Ansparen, sondern in Form eines gemeinsamen Kapitalstocks. Eine Art Kapitalstock hat die Pflegeversicherung schon. Als sie 1995 eingeführt wurde, zahlten die Versicherten drei Monate lang ihren Beitrag, ohne dass es schon Leistungen der Pflegekassen gab. Diese Rücklage belief sich Ende 2009 auf 4,8 Milliarden Euro. Sie zu einer regelrechten Kapitaldeckung auszubauen, setzt aber voraus, sie im Lauf der nächsten Jahre zu erhöhen und vor allem zu verhindern, dass sie vor der Zeit für andere Vorhaben ausgegeben wird - also schon vor dem Jahr 2030. Denn von da an dürften wegen des demografischen Wandels weitaus mehr Bürger als heute pflegebedürftig sein.